Junge SVP Jeunes UDC Giovani UDC Giuvna PPS

PARTEIPROGRAMM

JUNGE SVP SCHWEIZ

INHALT

STRUKTUR II

FREIHEIT & SELBSTBESTIMMUNG 01

DAS VOLK ALS SOUVERÄN 03
KAMPF DEM WOKE-WAHN 04

SICHERHEIT 06

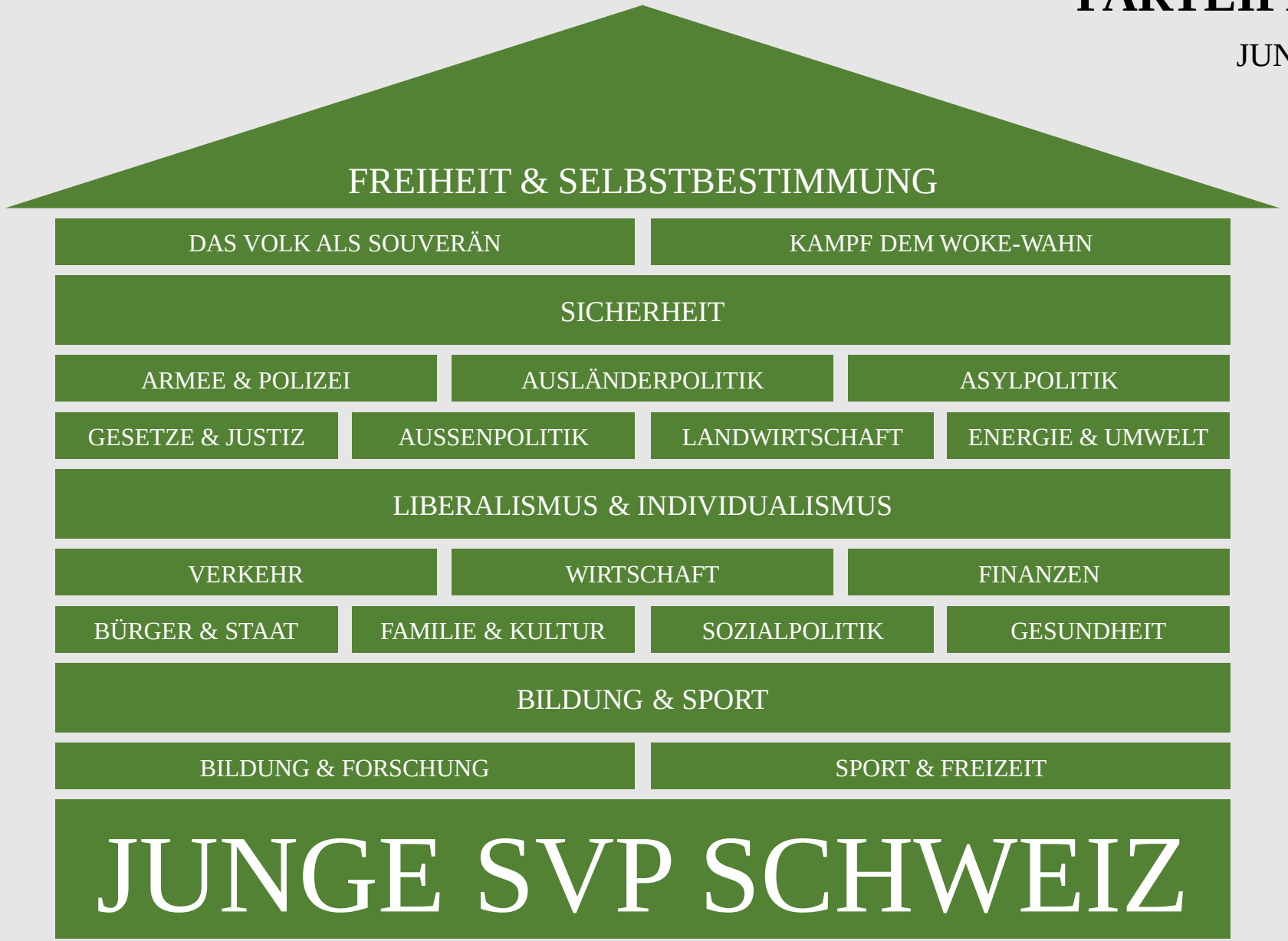
ARMEE & POLIZEI 10
AUSLÄNDERPOLITIK 12
ASYLPOLITIK 15
GESETZE & JUSTIZ 17
AUSSENPOLITIK 20
LANDWIRTSCHAFT 23
ENERGIE & UMWELT 26

LIBERALISMUS & INDIVIDUALISMUS 28

VERKEHR 32
WIRTSCHAFT 34
FINANZEN 36
BÜRGER & STAAT 38
FAMILIE & KULTUR 40
SOZIALPOLITIK 42
GESUNDHEIT 44

BILDUNG & SPORT 46

BILDUNG & FORSCHUNG 48
SPORT & FREIZEIT 51


FREIHEIT & SELBSTBESTIMMUNG
DAS VOLK ALS SOUVERÄN
KAMPF DEM WOKE-WAHN
SICHERHEIT
ARMEE & POLIZEI
AUSLÄNDERPOLITIK
ASYLPOLITIK
GESETZE & JUSTIZ
AUSSENPOLITIK
LANDWIRTSCHAFT
ENERGIE & UMWELT
LIBERALISMUS & INDIVIDUALISMUS
VERKEHR
WIRTSCHAFT
FINANZEN
BÜRGER & STAAT
FAMILIE & KULTUR
SOZIALPOLITIK
GESUNDHEIT
BILDUNG & SPORT
BILDUNG & FORSCHUNG
SPORT & FREIZEIT
JUNGE SVP SCHWEIZ

FREIHEIT & SELBSTBESTIMMUNG

FREIHEIT & SELBSTBESTIMMUNG

Selbstbestimmung – Volk & Bürger gehen vor!

Freiheit & Selbstbestimmung sind Thematiken, welche von Seiten der Politik durch bevormundende Gesetze und Untergrabung der Direkten Demokratie mehr denn je unter Druck geraten. Wir kämpfen gegen die verheerende Bevormundung und für die Direkte Demokratie. Freiheit & Selbstbestimmung umfassen in unserem Parteiprogramm die Kapitel das Volk als Souverän sowie Kampf dem Woke-Wahn.

Das Volk als Souverän

Ausschaffungsinitiative, Masseneinwanderungsinitiative, Verwahrungsinitiative, Alpen-Initiative; dies sind nur einige der vom Bundesrat und Parlament nicht umgesetzten Volksaufträge. Es zeigt, dass sich die Schweiz dem internationalen Druck fügt und zunehmend die Staatssouveränität aufgibt, wodurch das Volk entmachtet wird. Die politischen Gremien in Bundesbern missachten unterwürfig den Volkswillen und vertreten die wahren Interessen unseres Landes nicht. Dieser Abschaffung der direkten Demokratie durch die Polit-Elite steht einzig die SVP, wie auch die Junge SVP noch im Weg.

Kampf dem Woke-Wahn

Masseneinwanderung, Asylchaos, explodierende Staatsschulden, Energie- und Lebensmittelknappheit – diese und weitere existenzielle Gefahren für unser Land bedrohen unseren Lebensstandard und insbesondere auch die Basis für künftige Generationen. Dennoch ereignet sich aktuell der grösste Kampf dort, wo Wertehaltungen und das Volksempfinden geprägt werden. Wir befinden uns in einem nie dagewesenen Meinungskrieg, in dem Andersdenkende systematisch ausgegrenzt und mundtot gemacht werden. Wir müssen den Kampf um die Deutungshoheit in diesem Bereich endlich aufnehmen.

DAS VOLK ALS SOUVERÄN

Den Volkswillen gilt es umzusetzen!

Ausschaffungsinitiative, Masseneinwanderungsinitiative, Verwahrungsinitiative, Alpen-Initiative; dies sind nur einige der vom Bundesrat und Parlament nicht umgesetzten Volksaufträge. Es zeigt, dass sich die Schweiz dem internationalen Druck fügt und zunehmend die Staatssouveränität aufgibt, wodurch das Volk entmachtet wird. Die politischen Gremien in Bundesbern missachten unterwürfig den Volkswillen und vertreten die wahren Interessen unseres Landes nicht. Dieser Abschaffung der direkten Demokratie durch die Polit-Elite steht einzig die SVP, wie auch die Junge SVP noch im Weg.

Kampf den Feinden des Volkes

Diese unsägliche Entwicklung hat zur Folge, dass aus diversen demokratiefeindlichen Kreisen die Umsetzung des Volkswillens verhindert wird, wenn diese nicht nach dem Willen der EU-Elite ausfallen. Wir setzen uns ohne Wenn und Aber für die konsequente Umsetzung von Volksaufträgen ein. Politiker, welche sich den Brüssel-Diktatoren fügen, werden von uns bekämpft und öffentlich angeprangert.

Für Demokratie und Föderalismus

Politische Problemlösungen sind so direktdemokratisch und föderalistisch wie möglich auszuarbeiten und umzusetzen. Zentralistische und undemokratische «Lösungen» führen einzig zu mehr und grösseren Problemen und zu einer Verschiebung der politischen Macht weg vom Volk, hin zur Polit-Elite. Aus diesem Grund setzen wir uns gegen die zunehmende Zentralisierung und Bürokratisierung auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene ein. Wir stehen für den Erhalt und den Ausbau der direkten Demokratie als Grundlage einer intakten und selbstbestimmten Gesellschaft, indem wir uns u. a. für tiefe Unterschriftshürden für Initiativen und Referenden einsetzen.

Schweizer Recht vor fremdem Recht

Wir kämpfen an vorderster Front gegen die Abschaffung der direkten Demokratie durch fremdes Recht und gegen jegliche fremde Rechtsprechung.

KAMPF DEM WOKE-WAHN

Selbstbestimmung – Kampf für die Freiheit!

Masseneinwanderung, Asylchaos, explodierende Staatsschulden, Energie- und Lebensmittelknappheit – diese und weitere existenzielle Gefahren für unser Land bedrohen unseren Lebensstandard und insbesondere auch die Basis für künftige Generationen. Dennoch ereignet sich aktuell der grösste Kampf dort, wo Wertehaltungen und das Volksempfinden geprägt werden. Wir befinden uns in einem nie dagewesenen Meinungskrieg, in dem Andersdenkende systematisch ausgegrenzt und mundtot gemacht werden. Wir müssen den Kampf um die Deutungshoheit in diesem Bereich endlich aufnehmen.

Kampf in allen gesellschaftlichen Bereichen

Der «Woke-Ideologie» liegen zahlreiche Entwicklungen zugrunde, welche die Menschen in der westlichen Zivilisation – auch in der Schweiz – in Atem halten und einen Anspruch auf fundamentale Umwälzung des bestehenden Wertegefüges postulieren. Die Folgen der «Woke-Ideologie» umfassen insbesondere nachfolgende Spannungsfelder, die angegangen werden müssen:

- **Kulturkampf gegen die bürgerliche Gesellschaft:** Der Herabsetzung der eigenen Geschichte und Dämonisierung christlich-konservativer Werte muss ein Ende gesetzt werden.
- **Einschränkung der Meinungsfreiheit:** Eine Erweiterung der Rassismus-Strafnorm oder Gesetze gegen sog. «Hate Speech» und weitere Auswüchse, welche die Bevormundung der Schweizer Bevölkerung vorsehen, müssen an allen Fronten bekämpft werden.
- **Zensur in den sozialen Medien:** Der Festlegung willkürlicher «Political Correctness»-Standards muss Einhalt geboten werden.
- **Ausgrenzung vom Mainstream abweichender Meinungen:** Der Bereich des Sagbaren muss wieder geöffnet werden. Dieser ist bisher laufend eingeschränkt worden, egal ob in den Bereichen Humor, Satire, Politik oder bei den Medien. Wer von der Wokeness abweichende Positionen vertritt, wird mit professionell organisierten «Shitstorms» mundtot gemacht und isoliert. Wir müssen uns als Volk gegen diesen Mao-Mob auflehnen und kämpfen als Junge SVP an vorderster Front gegen diese Kulturrevolution.

KAMPF DEM WOKE-WAHN

Selbstbestimmung – Kampf für die Freiheit!

- **Ettikettenschwindel durch Klientelpolitik für lautstark auftretende Minderheiten:** Radikale Forderungen, die unter dem Deckmantel des Minderheitenschutzes, die Freiheiten und Rechte der Bevölkerung einschneiden, müssen konsequent bekämpft werden. Linksgrüne Kreise formulieren vermehrt radikale Forderungen, beispielsweise in der Klimapolitik, für feministische Propaganda, gegen eine strikte Ausländerpolitik und in radikalisierten LGBT-Kreisen, die dem gesunden Menschenverstand widersprechen und einzig als Etikettenschwindel und Ausnutzung einer Minderheit für die Durchsetzung der eigenen weltfremden Ideologie angesehen werden können.
- **Spaltung der Gesellschaft:** Dem systematischen Ausspielen von Minderheiten gegen Mehrheiten oder auch andere Minderheiten – Frauen gegen Männer, Dunkelhäutige gegen Weisse, Ausländer gegen Einheimische, Junge gegen Alte – muss ein Ende gesetzt werden.
- **Herrschaft durch Sprache:** Der Installierung politisch gefärbter Begriffe (z.B. «People of Color» statt Schwarze), Forderung nach «gendergerechter Sprache», Verdrängung nicht genehmer Sprachelemente in unserer Gesellschaft, sei es an den Schulen, Universitäten oder in weiteren gesellschaftlichen Kreisen, muss die Meinungsfreiheit als höchstes Gut unserer Gesellschaft entgegengesetzt werden.

SICHERHEIT

SICHERHEIT

Sicherheit – Die Aufgabe des Staates!

Die Sicherheit ist eine Thematik, welche von Seiten der Politik klar vernachlässigt worden ist. Wir kämpfen gegen die verheerende Abbaupolitik im Bereich der Landesverteidigung und für die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung. Die Sicherheit umfasst in unserem Parteiprogramm die Armee & Polizei, Ausländerpolitik, Asylpolitik, Gesetze & Justiz, Aussenpolitik sowie nicht zu vergessen die Landwirtschaftspolitik und die Energie- & Umweltpolitik.

Armee & Polizei

Wir setzen uns für eine glaubwürdige und starke Milizarmee ein, welche die Schweizer Bevölkerung und die Schweiz verteidigen kann. Die Landesverteidigung ist die „raison d'être" der Armee. Die Streitkräfte sind dementsprechend zu organisieren und zu alimentieren. Wir fordern den Armeebestand wieder auf 200'000 Angehörige der Armee (AdA) anzuheben und die Mittel bereitzustellen, welche die Armee für die Erfüllung ihres Auftrags benötigt. Dies bedingt ein Armeebudget von mindestens rund 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Ausländerpolitik

Die Probleme im Ausländerbereich müssen offen thematisiert werden. Political Correctness und Totschweigen führen einzig zu mehr und grösseren Problemen. Wir kämpfen gegen die Islamisierung und für die konsequente Ausschaffung von kriminellen Ausländern. Integration ist eine Hol- und keine Bringschuld. Ausländer müssen sich auf eigene Kosten und aus eigener Motivation integrieren und dabei die vom Schweizer Volk bestimmten Anforderungen erfüllen. Das Wahl- und Stimmrecht ist an das Schweizer Bürgerrecht gekoppelt, welches auch mit Pflichten wie der Dienstpflicht in der Schweizer Armee verbunden ist. Wir kämpfen für Qualität, statt Quantität bei der Einbürgerung.

SICHERHEIT

Sicherheit – Die Aufgabe des Staates!

Asylpolitik

Wir fordern eine Revolution im Asylsystem. Die illegale Einwanderung ist konsequent zu bekämpfen. Illegale Migranten, die über sichere Drittstaaten in die Schweiz einwandern sind zurückzuführen. Illegale Migranten, welche keinen Rappen in unsere Sozialsysteme einzahlen, haben keinerlei Anrecht auf vollumfängliche Sozialleistungen seitens der Schweiz. Der Status der vorläufigen Aufnahme ist ersatzlos abzuschaffen.

Gesetze & Justiz

Damit die Stabilität unseres Landes auch in Zukunft gewährleistet ist, brauchen wir ein funktionierendes und gerechtes Rechtssystem, welches das Volk beschützt und Verbrecher bestraft. Der Staat hat darüber hinaus den Selbstschutz zu stützen. Der Staat hat Menschen, die sich und andere beschützen zu unterstützen und nicht zu verurteilen.

Aussenpolitik

Wir bekennen uns zum Sonderfall Schweiz als führendes, erfolgreiches, bodenständiges und volksnahes Alternativmodell eines Europas fernab der Brüsseler EU-Diktatur. Wir stehen ein für die Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz. Die Schweiz ist ein souveränes und weltoffenes Land, welches Aktivitäten von Staaten und Geschehnissen in Staaten weder zu beurteilen, noch zu kommentieren und erst recht nicht darüber zu urteilen, oder gar Staaten zu verurteilen hat. Die Schweiz unterhält neutrale Beziehungen zu allen Staaten der Welt. Die Schweiz unterstützt keinerlei Handelsembargos oder andere Beschränkungen, welche den Handel betreffen und entzieht sich als neutraler Staat jeglichen Handelssperren. Ausnahmen stellen einzig bekennende Feinde der Schweiz dar. Wir fordern zudem die grundsätzliche Streichung der Entwicklungshilfe, welche nachweislich ihre Ziele verfehlt, da die lokalen Begebenheiten der Entwicklungsländer missachtet und Ihre Abhängigkeit dadurch nur weiter gefördert wird.

SICHERHEIT

Sicherheit – Die Aufgabe des Staates!

Landwirtschaft

Wir stehen zum Schweizer Bauernstand. Wir sind überzeugt, dass Bauernfamilien vorbildlich mit viel Leidenschaft für unser Land arbeiten und einen existenziellen Beitrag zur Sicherheit in unserem Land beitragen. Um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten brauchen die landwirtschaftlichen Betriebe unterstützende Beiträge des Bundes, sogenannte Direktzahlungen. Hauptziel der Landwirtschaft soll die effiziente dezentrale Produktion von gesunden und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln sein. In der Schweiz ist ein möglichst hoher Selbstversorgungsgrad aus einheimischer Landwirtschaft anzustreben, der die Möglichkeit eines Ausbaus auf 100% in Krisenzeiten gewährleistet. Wir anerkennen und tragen die hohen Tier- und Umweltschutzstandards. Bei Freihandelsabkommen ist die Landwirtschaft aufgrund der besonderen Situation, insbesondere im Hinblick auf die Versorgungssicherheit zu berücksichtigen.

Energie & Umwelt

Ideologisch motivierte Verbote, Steuern und Abgaben oder die ideologische Unterstützung einzelner Sparten führt einzig zu Unsicherheit. Umweltschutz geschieht primär durch persönlich motivierte, auf Eigenverantwortung beruhende Entscheide im Privaten, wie von Unternehmen. Insbesondere die Entwicklung neuer innovativer Technologien. Wir bieten die wirkungsvolle Alternative der Senkung der Steuern, Gebühren und Abgaben um dadurch den Unternehmen und Privatpersonen Innovation zu ermöglichen. Wir fordern eine freie Energiewirtschaft, ohne ideologisch motivierte Staatseingriffe oder Beschränkungen mit einem maximalen Anteil an Eigenproduktion.

ARMEE & POLIZEI

Sicherheit kennt keine Kompromisse!

Wir setzen uns für eine glaubwürdige und starke Milizarmee ein, welche die Schweizer Bevölkerung und die Schweiz verteidigen kann. Die Landesverteidigung ist die „raison d'être" der Armee. Die Streitkräfte sind dementsprechend zu organisieren und zu alimentieren. Wir fordern den Armeebestand wieder auf 200'000 Angehörige der Armee (AdA) anzuheben und die Mittel bereitzustellen, welche die Armee für die Erfüllung ihres Auftrags benötigt. Dies bedingt ein Armeebudget von mindestens rund 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Sicherheit finanzieren

Heute gibt die Schweiz 0,8% ihres BIP für die Landesverteidigung aus und findet sich in dieser Hinsicht, als eines der wohlhabendsten Länder dieser Welt, in der Nähe mancher afrikanischer Entwicklungsländer wieder. Während die Ausgaben in allen anderen Bundesdepartementen seit 1990 (teilweise massiv) angestiegen sind, wurde die Armee von Bundesbern systematisch geschwächt.

Bewaffnete Neutralität

Die immerwährende, bewaffnete Neutralität ist für die Sicherheitspolitik der Schweiz ein zentraler Faktor. Ein Beitritt oder eine Mitwirkung in internationalen Militärbündnissen sind tabu. Auslandeinsätze der Schweizer Armee lehnen wir konsequent ab. Eine Ausbildungszusammenarbeit mit anderen Staaten ist nur dann zulässig, wenn sich diese Staaten an keinen Kriegshandlungen beteiligen.

Freiheit durch Stärke

Das freiheitliche Waffenrecht ist zu achten und zu erhalten. Wir stehen zum Milizprinzip, wonach der Armeedienst meist nebenberuflich ausgeübt wird. Dieses überträgt dem Schweizer Bürger nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte und Verantwortung.

ARMEE & POLIZEI

Sicherheit kennt keine Kompromisse!

Gleichheit in allen Belangen

Es ist an der Zeit, dass jede und jeder Schweizer Staatsangehörige einen Dienst am Vaterland leistet.

Innere Sicherheit

Wir bekennen uns zu einer schlagkräftigen, gut ausgerüsteten und ausgebildeten Polizei. Diese soll möglichst nahe am Bürger und dezentral organisiert sein. Im Wissen, dass mehr Repression und Überwachung alleine keine Lösung sind, fordern wir gesetzliche Anpassungen zugunsten einer handlungsfähigen Polizei. Insbesondere gegenüber vermummten Krawallanten und Chaoten, vorwiegend aus der gewaltbereiten linksextremen Szene stammend, benötigt die Polizei die Rückendeckung der Politik, um Recht und Ordnung durchzusetzen. Die Polizei hat sich auf ihre Kernaufgaben, die kriminal-, verkehrs- und sicherheitspolizeiliche Grundversorgung der Schweizer Bevölkerung, zu fokussieren.

Dazu gehört auch, dass die Polizei-Präsenz mit Patrouillen rund um die Uhr sichergestellt wird.

Missbrauch bekämpfen

Dem anhaltenden Missbrauch der Polizei zur Aufbesserung der Staatskasse ist Einhalt zu gebieten. Wir fordern, dass Busseneinnahmen nicht mehr budgetiert werden dürfen. Bei Radarkontrollen muss die Verkehrssicherheit im Zentrum stehen und nicht, Budgetziele zu erreichen und die Staatsquote aufzublähen. Bussen sind an die Bevölkerung zurückzuverteilen.

Transparenz und Verantwortung

Wir fordern die konsequente Umsetzung des Verhüllungsverbots im öffentlichen Raum. Schweizerinnen und Schweizer zeigen ihr Gesicht und übernehmen Verantwortung für ihr Handeln. Ausnahmen regeln die Kantone.

AUSLÄNDERPOLITIK

Klare Regeln aufstellen und umsetzen!

Die Probleme im Ausländerbereich müssen offen thematisiert und diskutiert werden. Political Correctness und Totschweigen führen einzig zu mehr und grösseren Problemen. Wir kämpfen gegen die Islamisierung und für die konsequente Ausschaffung von kriminellen Ausländern. Integration ist eine Hol- und keine Bringschuld. Ausländer müssen sich auf eigene Kosten und aus eigener Motivation integrieren und dabei die vom Schweizer Volk bestimmten Mindestanforderungen erfüllen. Das Wahl- und Stimmrecht ist an das Schweizer Bürgerrecht gekoppelt, welches auch mit Pflichten wie der Dienstpflicht in der Schweizer Armee verbunden ist. Wir kämpfen gegen das Ausländerstimm- und Wahlrecht und für Qualität, statt Quantität bei der Einbürgerung.

Islamisierung stoppen

Es darf nicht länger verharmlost werden: Mit der schleichenden Islamisierung der Schweiz haben partiell die Integrationsprobleme zugenommen. So mehren sich parallel dazu Sonderforderungen nach Geschlechter getrenntem Schwimmunterricht an Schulen und die Unterdrückung von Frauen stetig. Dieser Tendenz müssen wir einen Riegel schieben. Unsere Regeln gelten für alle! Wir sagen klar Nein zum Islam als öffentlich-rechtlich anerkannte Religion. Die Schweiz ist von ihren christlichen Wurzeln geprägt, deren Kultur und Erbe zu pflegen ist. Aus diesem Grund ist es verständlich und folgerichtig, dass keine weiteren Religionen als Landeskirche anerkannt werden – selbstverständlich unter Wahrung der staatlichen Neutralität und der Trennung zwischen Kirche und Staat. Auch über islamisch-religiöse Bauten hat zwingend der Souverän der betroffenen Gemeinde zu entscheiden.

AUSLÄNDERPOLITIK

Klare Regeln aufstellen und umsetzen!

Schweizer Bürgerrecht – Ehre und Privileg

Wir fordern klare Einbürgerungskriterien, die konsequent einzuhalten sind. Einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung gibt es nicht. Zu automatischen Einbürgerungen, zum Beispiel für Ausländer der dritten Generation, sagen wir klar Nein. Mit dem Akt der Einbürgerung „bürgen“ die Schweizer für jene Person, die neu in die Gemeinschaft der Bürgerrechtsinhaber aufgenommen wird. Es ist darum essentiell, dass nur in ein Einbürgerungsverfahren eintreten darf, wer sich aktiv darum bemüht. Schweizer Bürger zu sein, ist wieder als Ehre und Privileg anzusehen und darf nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden. Einbürgerungsgesuche abzulehnen oder zu genehmigen gehört in die Kompetenz der Gemeinden. Die Gemeindesouveränität in Einbürgerungsfragen darf nicht weiter von Gerichten hintertrieben werden. Wir fordern das Einbürgerungsentscheide das Volk verbindlich in Gemeindeversammlungen oder Abstimmungen treffen kann. Dieses Recht kann das Volk an eine Kommission oder Parlament delegieren wo dies Sinn macht.

Systemwechsel – Qualität statt Quantität

Die Zahl der Einbürgerungen hat sich seit 1990 fast verneunfacht! Diese Tendenz zu Einbürgerungen am Fliessband ist zu hinterfragen. Wir fordern die Einbürgerung auf Probe, welche bei Straffälligkeit unwiderruflich entzogen werden kann. Der Status der doppelten Staatsbürgerschaft ist abzuschaffen. Schweizer werden zu wollen ist auch ein Herzensentscheid. Wer den Schweizer Pass erhalten will, muss bereit sein, andere Privilegien dafür zu opfern. Wer als Ausländer wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt worden ist, darf nicht eingebürgert werden. Ist ein Verfahren gegen einen Einbürgerungskandidaten hängig, bezieht er Sozialhilfe oder hat bezogene Leistungen noch nicht zurückgezahlt, ist der Einbürgerungsprozess während dieser Dauer zu sistieren. In der lokal gesprochenen Landessprache ist zudem mindestens das Sprachniveau C1 zu beherrschen.

AUSLÄNDERPOLITIK

Klare Regeln aufstellen und umsetzen!

Kriminelle Ausländer konsequent ausschaffen

Kriminelle Ausländer müssen ausgeschafft und mit einem dauerhaften Einreiseverbot belegt werden. Aufenthaltsbewilligungen sind bei kriminellen Aktivitäten zu entziehen, die betroffenen Personen sind umgehend in ihre Herkunftsländer oder gemäss Drittstaatenregelung auszuschaffen. Der Kriterienkatalog der Ausschaffungsinitiative ist konsequent gemäss der Volksinitiative „Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer“ (Durchsetzungsinitiative) umzusetzen.

ASYLPOLITIK

Asylchaos beenden – System revolutionieren!

Wir fordern eine Revolution im Asylsystem. Die illegale Einwanderung ist konsequent zu bekämpfen. Illegale Migranten, die über sichere Drittstaaten in die Schweiz einwandern sind zurückzuführen. Illegale Migranten, welche keinen Rappen in unsere Sozialsysteme einzahlen, haben keinerlei Anrecht auf vollumfängliche Sozialleistungen seitens der Schweiz. Der Status der vorläufigen Aufnahme ist ersatzlos abzuschaffen. Illegale Migranten, welche nicht über sichere Drittländer in die Schweiz gelangen, sind direkt Auffanglagern im Umkreis des Krisenlandes zuzuteilen, auszuweisen und bei einem positiven Asylentscheid in den Auffanglagern vor Ort zu unterstützen, sofern die Schweiz dies als notwendig erachtet. Die inländische Betreuung von Asylbewerbern ist entsprechend abzuschaffen.

Heutiger Zustand

Es ist ein unumstösslicher Fakt, dass der Grossteil der asylsuchenden Migranten kein Anrecht auf Asyl hat und deren Gesuch am Ende eines äusserst zeitintensiven und kostspieligen Prozesses abgelehnt wird. Es sind meist junge Wirtschaftsmigranten, welche aus wirtschaftlichen Gründen mithilfe von dubiosen Schleppern nach Europa aufbrechen. Die Schlepperbanden und die linksgrüne Sozialindustrie verdienen an diesem System Milliarden.

Grenzen sichern

Die südeuropäischen Staaten halten ihre Verpflichtungen gemäss dem Schengen / Dublin Abkommen nicht ein und winken die illegalen Migranten, ohne sie zu registrieren, wie es der Vertrag eigentlich verlangen würde, nach Norden weiter. Durch die Vernachlässigung des Schutzes der Schengen Aussengrenze begeht die EU systematischen Vertragsbruch. Deshalb ist die Schweizer Grenze eigenständig zu sichern.

ASYLPOLITIK

Asylchaos beenden – System revolutionieren!

Konsequente Rückschaffung

Kriminelle Scheinasylanten sind konsequent zu inhaftieren und zusammen mit anderen illegalen Migranten, welche kein Anrecht auf Asyl haben, in ihre Herkunfts- oder Einreiseländer zurück zu schaffen. Staaten, die sich weigern ihre Landsleute zurückzunehmen, ist jegliche Unterstützung zu streichen.

«Vorläufige Aufnahme» ersatzlos abschaffen

Der Status der vorläufigen Aufnahme wird heute in vielerlei Hinsicht missbraucht. Sei es durch die illegalen Migranten selbst durch den Verlust der Papiere oder auch durch Staaten, welche die Rücknahme der Landsleute verweigern. Diese Entwicklung ist zu stoppen. Entsprechend bleibt einzig die Abschaffung des Status der vorläufigen Aufnahme.

Hilfe vor Ort

Wo immer möglich sollen die für das Asylwesen vorgesehenen finanziellen Mittel vor Ort eingesetzt werden statt in der Bürokratie zu versickern. Mit den Milliarden von Franken, die im Asylwesen jährlich verschleudert werden, könnte in Flüchtlingsdörfern in Krisengebieten bedeutend mehr Menschen geholfen werden. Das Hauptziel ist, dass Menschen aus einer Konfliktregion, die an Leib und Leben bedroht sind, vorübergehend eine sichere Bleibe erhalten und nach Ende des Konflikts so rasch wie möglich zurück in ihre Heimat gehen, um sich an deren Wiederaufbau zu beteiligen. Dafür sind Auffanglager für Flüchtlinge in naher Grenzregion am besten geeignet. Illegale Migranten, welche nicht über sichere Drittländer in die Schweiz gelangen, sind direkt diesen Auffanglagern zuzuteilen und auszuweisen. Asylgesuche sind in den Auffanglagern zu überprüfen. Bei einer Anerkennung sind die Flüchtlinge in den Auffanglagern zu unterstützen.

GESETZE & JUSTIZ

Beschützen und Bestrafen!

Damit die Stabilität unseres Landes auch in Zukunft gewährleistet ist, brauchen wir ein funktionierendes und gerechtes Rechtssystem, welches das Volk beschützt und Verbrecher bestraft. Was in jeder Hausordnung selbstverständlich ist, muss auch im Staatswesen wieder zur bedingungslosen Normalität werden: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Konsequenzen rechnen. Der Staat hat darüber hinaus den Selbstschutz zu stützen. In heutiger Zeit wird der Täterschutz in überbordendem Masse gewichtet, während dem gleichzeitig der Selbstschutz leidet. Der Staat hat Menschen, die sich und andere beschützen zu unterstützen und nicht zu verurteilen.

Die Grundlage der Justiz ist das Schweizer Recht

Das Modell der direkten Demokratie ermöglicht den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, sich die gesetzlichen Grundlagen selbst zu schaffen. Damit ist die Schweiz stets gut gefahren. Für uns ist dies die beste Lösung für die Schweiz, um eine möglichst gerechte Gesetzgebung anzustreben.

Gleich wichtig wie gute Bundesverfassungsnormen ist deren Umsetzung auf Stufe Parlament und Bundesrat. Deshalb fordern wir das Parlament und den Bundesrat auf, bei der Schaffung von Gesetzen und Verordnungen sich strikt an die Normen der Bundesverfassung zu halten. Da die besten Gesetze nichts wert sind, wenn ihr konsequenter Vollzug nicht gewährleistet wird, fordern wir alle Richter dazu auf, sich wiederum strikt an die geschaffenen Gesetze und Verordnungen zu halten. Nur in dieser Logik ist gewährleistet, dass sich Schweizerinnen und Schweizer auf ihre eigenen Gesetze verlassen können.

Den Souverän ernst nehmen

Wo Schweizerinnen und Schweizer Gesetze gut geheissen haben, welche das Strafmass erhöhen, ist eine konsequente Umsetzung durch die Justiz zu fordern. Bei diversen Volksbegehren, wie der Verwahrungsinitiative, der Initiative „Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern“ oder auch der Ausschaffungsinitiative, ist dem Willen des Souveräns strikt zu folgen.

GESETZE & JUSTIZ

Beschützen und Bestrafen!

Opferschutz statt Täterschutz

Wir befürworten ein hartes und faires Strafrecht. Hauptziel der Strafen ist der Schutz der Bevölkerung respektive der Schutz potenzieller Opfer. Das Strafmass hat Kriminelle davon abzuschrecken widerrechtlich zu handeln. Um diesen Effekt zu erreichen, fordern wir eine Verschärfung des Strafmasses. Das heutige Strafmass führt zu einer zu hohen Kriminalität in der Schweiz. Zudem ist die grenzübergreifende Kriminalität („Kriminaltourismus“) ein Problem, welches zwingend angegangen werden muss. Ohnmacht und Wut kommen in der Bevölkerung auf, wenn der Opferschutz je länger je mehr einem Täterschutz weicht. Dies ist mit aller Konsequenz zu unterbinden, denn die Leidtragenden dieser „Laisser-faire-Politik“ sind die Opfer der Kriminalität. Weiter ist bei schweren Delikten, wie beispielsweise Sexualstraftaten der Hafturlaub zu verwehren.

Verbrecher bestrafen – Bürger entlasten

Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen für eine gezielte Verschärfung des Straf- und Ausländerrechts ein.

Wer als Ausländer gegen unsere Gesetzte verstosst, hat sein Aufenthaltsrecht verwirkt. Wer den gesellschaftlichen Frieden und die Sicherheit von Land und Bevölkerung gefährdet, muss hart bestraft werden. Bei Raub, Vandalismus oder Chaotentum müssen konsequent Gefängnisstrafen statt Geldstrafen ausgesprochen werden. Für jugendliche Gewalttäter ist das mildernde Jugendstrafrecht ebenfalls zu verschärfen. Auch junge Leute sollen von Anfang an lernen, dass sich widerrechtliches Handeln nicht lohnt. Auf der anderen Seite sollte der gesetzestreue Bürger in Ruhe gelassen werden. Das Augenmerk von Polizei und anderen sicherheitsschaffenden Behörden hat nicht auf geringfügigen Verstossen zu liegen, sondern auf den schweren Vergehen und Verbrechen. Das Strafmass bei geringfügigen Verstossen, wie Tempoüberschreitungen hat minimal zu sein und nicht als Einnahmequelle zu dienen.

GESETZE & JUSTIZ

Beschützen und Bestrafen!

Selbstschutz fördern

Wir fordern, dass in Zukunft vermehrt der Selbstschutz der Schweizer Bürgerinnen und Bürger wieder gefördert und unterstützt wird. In der heutigen Zeit mit Kriminaltourismus und illegalen Migranten stellt der eigene Schutz wieder eine immer wichtigere Rolle dar. Wir setzen uns dafür ein, dass Schweizerinnen und Schweizer, die sich und andere vor Gewalt und Kriminalität schützen, vom Staat unterstützt und nicht sogar noch vom Staat verurteilt werden. Wer in einem Akt der Notwehr, beispielsweise mit Waffeneinsatz, sich oder seine Familie schützt und verteidigt, soll vor Gesetz nicht benachteiligt werden.

Aussenpolitik
Unabhängig und neutral!

Wir bekennen uns zum Sonderfall Schweiz als führendes, erfolgreiches, bodenständiges und volksnahes Alternativmodell eines Europas fernab der Brüsseler EU-Diktatur. Wir stehen ein für die Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz. Die Schweiz ist ein souveränes und weltoffenes Land, welches Aktivitäten von Staaten und Geschehnissen in Staaten weder zu beurteilen, noch zu kommentieren und erst recht nicht darüber zu urteilen, oder gar Staaten zu verurteilen hat. Die Schweiz unterhält neutrale Beziehungen zu allen Staaten der Welt. Die Schweiz unterstützt keinerlei Handelsembargos oder andere Beschränkungen, welche den Handel betreffen und entzieht sich als neutraler Staat jeglichen Handelssperren. Ausnahmen stellen einzig bekennende Feinde der Schweiz dar. Wir fordern zudem die grundsätzliche Streichung der Entwicklungshilfe, welche nachweislich ihre Ziele verfehlt, da die lokalen Begebenheiten der Entwicklungsländer missachtet und Ihre Abhängigkeit dadurch nur weiter gefördert wird.

Freiheit und Handel in Europa

Auch in Zukunft soll die Schweiz die Handelsbeziehungen zu ihren Europäischen Nachbarstaaten pflegen, ohne ihre bewährten Erfolgspfeiler – direkte Demokratie, immerwährende bewaffnete Neutralität, Steuerwettbewerb, Föderalismus, Subsidiaritätsprinzip und ihre Unabhängigkeit – preiszugeben. Deshalb lehnen wir die institutionelle Anbindung an die EU – de facto ein schleichender EU-Beitritt – sowie den Beitritt zu Militärbündnissen wie der NATO, in aller Entschiedenheit ab.

Freihandel weltweit

Sofern die sicherheitspolitischen Bereiche nicht benachteiligt werden, unterstützen wir den Abschluss von Freihandelsabkommen mit Staaten auf der ganzen Welt.

Aussenpolitik
Unabhängig und neutral!

Neutralität von Politik und Armee

Wir wehren uns gegen die Übernahme von Wirtschafts- und Finanzsanktionen, welche vorwiegend die USA und die EU aus machtpolitischen Gründen gegen missliebige Staaten verhängen. Die schweizerische Neutralität ist nicht verhandelbar! Wenn sie nicht der Ausbildungszusammenarbeit oder der Katastrophenhilfe dienen, lehnen wir Auslandseinsätze der Armee, darunter die KFOR-Einsätze im Kosovo, konsequent ab.

Unabhängigkeit statt Unterwerfung

Der vom Schweizer Volk mehrfach verworfene EU-Beitritt ist nicht kompatibel mit der direkten Demokratie, dem Bankkundengeheimnis, der tiefen Mehrwertsteuer, dem Föderalismus, der Neutralität und einer eigenständigen Währungspolitik. Daher ist – auch aus Respekt gegenüber dem Volkswillen – die Schweizer Unabhängigkeit konsequent und geschlossen durch die Politik zu verteidigen. Unterwerfungsverträge werden uns klar bekämpft.

Das Volk geht vor

Die schweizerische direkte Demokratie, bestehend aus dem Referendums- und Initiativrecht, ist weltweit einzigartig. In der Schweiz steht das Volk als höchster Souverän hierarchisch über dem Parlament und der Regierung. Von einer Volksmehrheit getroffene Entscheide sind ohne Wenn und Aber umzusetzen. Somit ist auch die am 9. Februar 2014 vom Souverän angenommene SVP-Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“, welche die Zuwanderung durch Kontingente begrenzen will, vom Bundesrat konsequent durchzusetzen. Will die EU diese demokratisch legitimierte, neue Bestimmung der Bundesverfassung nicht akzeptieren, ist der Entscheid der Bevölkerung dennoch umzusetzen. Angesichts der Tatsache, dass die Vorteile der Bilateralen aus politischen Motiven völlig überzeichnet werden, kann die Schweizer Delegation in Verhandlungen mit der EU durchaus selbstbewusst auftreten.

Aussenpolitik
Unabhängig und neutral!

Schweizer Recht geht vor

Sogenanntes Völkerrecht oder besser gesagt Internationales Recht, da kein Volk je mitbestimmen konnte und die vertraglich bedingte, automatische Übernahme von fremdem Recht gefährden die Volkssouveränität in wachsendem Masse. Internationale, demokratisch nicht legitimierte UNO-Gremien setzen die Schweiz immer mehr unter Druck und stellen demokratische Volksentscheide in Frage. Wir kämpfen dafür, dass Schweizer Recht ausländischem Recht wieder vor geht – so, wie es über Jahrzehnte auch in der Rechtspraxis gelebt wurde. Wir sagen Nein zu jeglichen aussenpolitischen Verträgen, die der Schweiz mehr schaden als nützen. Bestehende Staatsverträge sind einer kritischen Überprüfung bezüglich ihres Nutzens für die Schweiz zu unterziehen. Falls es in diesem Bereich Widersprüche geben sollte, ist der betreffende Staatsvertrag anzupassen oder zu kündigen. Leider wurde die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) in den letzten Jahren zunehmend von Richtern dazu missbraucht, Kriminelle zu schützen. Sollte es wiederholt zu Konflikten mit der Schweizer Bundesverfassung kommen, ist ein Austritt aus der EMRK zu prüfen.

Ersatzlose Streichung der Entwicklungshilfe

Die mehreren Milliarden an Entwicklungshilfe sind grundsätzlich zu streichen. Die Geschichte hat gezeigt, dass kaum ein bis gar kein Nutzen resultiert. Sie verhindert die Entstehung einer gesunden Ökonomie durch Abhängigkeit, Ineffizienz und Fehlanreize. Durch Entwicklungshilfegelder wurden gar Institutionen mit antisemitischem Gedankengut unterstützt. Zudem führt die Unterstützung vielerorts auch zu einer indirekten Unterstützung von korrupten Regimes und Diktaturen. Nicht zu vergessen ist, dass dieses Geld von den Schweizer Bevölkerung wieder für die Schweizer Bevölkerung in der Schweiz eingesetzt oder für den Schuldenabbau verwendet werden sollte. Bei einer Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil, wie bspw. Verträgen zur Rückführung von illegalen Migranten, kann eine Entwicklungszusammenarbeit geprüft werden. Finanziell betrachtet bedarf es jedoch stets einer Besserstellung des Schweizer Staatshaushalts. Die finanziellen Auswirkungen sind periodisch zu überwachen. Unmittelbare Hilfeleistungen infolge von Kriegen oder Umweltkatastrophen sind weiterhin möglich und werden unterstützt.

LANDWIRTSCHAFT

Schweizer Qualität für die Schweiz!

Wir stehen zum Schweizer Bauernstand. Wir sind der Meinung, dass Bauernfamilien vorbildlich mit viel Leidenschaft für unser Land arbeiten und einen existenziellen Beitrag zur Sicherheit in unserem Land beitragen. Um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten brauchen die landwirtschaftlichen Betriebe unterstützende Beiträge des Bundes, sogenannte Direktzahlungen. Hauptziel der Landwirtschaft soll die effiziente dezentrale Produktion von gesunden und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln sein. In der Schweiz ist ein möglichst hoher Selbstversorgungsgrad aus einheimischer Landwirtschaft anzustreben, der die Möglichkeit eines Ausbaus auf 100% in Krisenzeiten gewährleistet. Wir anerkennen und tragen die hohen Tier- und Umweltschutzstandards. Bei Freihandelsabkommen ist die Landwirtschaft aufgrund der besonderen Situation, insbesondere im Hinblick auf die Versorgungssicherheit zu berücksichtigen. Zum Schutz der einheimischen Landwirtschaft und dem einheimischen Wildbestand fordert die JSVP die Erlegung aller Wölfe in der Schweiz

Selbstversorgung, eine Existenzgrundlage

Bei der Selbstversorgung geht es darum, wie viele Lebensmittel welche die Schweiz konsumiert auch hierzulande produziert werden. Ein ausreichend hoher Selbstversorgungsgrad ist gerade in Krisen- und Kriegszeiten Existenzentscheidend. In der Schweiz ist ein Selbstversorgungsgrad von 60% realistisch und anstrebenswert. Leider muss festgehalten werden, dass der Stand im Jahre 2017 klar unter der 60%-Marke verharrt. Deshalb fordern wir eine Agrarpolitik, welche die Produktivität und die Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellt.

Investitionssicherheit schaffen

Sich ständig ändernde Vorschriften und Anforderungen erhöhen die Aufwände in der Landwirtschaft. Aufgrund der Vorschriften werden Landwirte ständig zu neuen Investitionen gezwungen. Den Landwirten ist die Investitionssicherheit zu gewährleisten, indem langfristiges Planen möglich wird.

LANDWIRTSCHAFT
Schweizer Qualität für die Schweiz!

Schweizer Landwirtschaft schützen

In der Schweiz herrschen, aufgrund der Hügel- und Berglandschaft, schwierige Bedingungen für die Bewirtschaftung von Land. Des Weiteren zeichnet sich die Schweiz durch ausserordentlich hohe Tier- und Umweltschutzstandards aus. Unter anderem besteht auch ein Gentech-Moratorium. All diese Grundvoraussetzungen werden von uns anerkannt und getragen. Demzufolge ist ersichtlich, weshalb die Produktion in der Schweiz kostenintensiv ist. Deshalb sollen ausländische Produkte, die die einheimischen konkurrieren, zwingend mit Schutzzöllen belegt werden, um so den einheimischen Markt zu schützen, damit der Bauernstand nicht weiter ausblutet.

Abbau von Bürokratie und Vorschriften in der Landwirtschaft

Die sich ständig ändernden Vorschriften, administrativen Hürden, die „Formularitis“ sowie der grassierende Kontrollwahn schmälern die Attraktivität des Landwirtschaftsberufs.

Deshalb fordern wir einen sofortigen Bürokratieabbau in der Landwirtschaft. Damit sich die Landwirte in ihren Kerntätigkeiten entfalten können, ist ihre Auflagenlast deutlich zu reduzieren. Zweifellos muss das Prinzip der Eigenverantwortung auch in der Landwirtschaft gefördert werden. Dies bedeutet aber auch, dass kreativen Bauern für ihre Projekte keine Steine in den Weg gelegt werden.

Nachhaltiger Umgang mit Direktzahlungen

Bei den Direktzahlungen durch den Bund sollen die Prioritäten klar zu Gunsten der produzierenden Landwirtschaft gesetzt werden, wobei gemeinwirtschaftliche Leistungen (Kulturlandschaftspflege, Alpwirtschaft) ebenfalls abgegolten werden müssen. Hingegen sind Direktzahlungen, die nicht dem Kern des Leistungsauftrages gemäss unserer Bundesverfassung dienen, abzulehnen.

LANDWIRTSCHAFT

Schweizer Qualität für die Schweiz!

Stärkung der Tierhaltung im Berggebiet

Das Berggebiet ist prädestiniert für die Haltung von Raufutterverzehrer, es sind deshalb alle Anstrengungen vorzunehmen, dass bei der nächsten Gesetzesrevision die Tierhaltung im Berggebiet wieder gestärkt wird.

Gentech-Moratorium verlängern

Zum heutigen Zeitpunkt lehnen wir die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen ab, weil die Auswirkungen noch zu wenig bekannt sind. Die Schweiz darf sich dem Fortschritt jedoch nicht verschliessen, weshalb sie dieses Thema weiterhin skeptisch und offen begleiten soll.

ENERGIE & UMWELT

Ideologiefreie Selbstversorgung sicherstellen!

Ideologisch motivierte Verbote, Steuern und Abgaben oder die ideologische Unterstützung einzelner Sparten führt einzig zu Unsicherheit. Umweltschutz geschieht primär durch persönlich motivierte, auf Eigenverantwortung beruhende Entscheide im Privaten, wie von Unternehmen. Insbesondere die Entwicklung neuer innovativer Technologien. Wir bieten die wirkungsvolle Alternative der Senkung der Steuern, Gebühren und Abgaben um dadurch den Unternehmen und Privatpersonen Innovation zu ermöglichen. Wir fordern eine freie Energiewirtschaft, ohne ideologisch motivierte Staatseingriffe oder Beschränkungen mit einem maximalen Anteil an Eigenproduktion.

Fortschritt schlägt Staat

Man könnte etwas polemisch fragen, was der Umwelt bis heute mehr geholfen hat: Staatliche Zwangsabgaben oder die Erfindung des USB-Sticks oder E-Mails, welche das Ausdrucken von Papierdokumenten in vielen Fällen überflüssig machen. Präventions- und sogenannte Sensibilisierungskampagnen, deren Erfolg nicht messbar ist, sind grundsätzlich abzulehnen.

Wir fordern die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechtes. Die CO2-Abgabe und der Klimarappen sind ersatzlos abzuschaffen, da sie massiv wirtschaftsschädlich sind und ihre Wirkung verfehlen. Die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) ist ebenso wieder abzuschaffen. Die Subventionen für erneuerbare Energien sollen abgeschafft werden, da diese eine oftmals ineffiziente Energieproduktion zur Folge haben und dadurch den Markt verzerren.

Keine Träumereien

Der vom Parlament beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie (Wintersession 2014) ist illusorisch und kaum umsetzbar. Deutschland zeigt uns vor, wohin die „Energiewende“ letzten Endes führt: Weil die hoch gelobten „grünen Energien“ die saubere Kernenergie nicht einmal im Ansatz ersetzen konnten, musste Deutschland stillgelegte Kohlekraftwerke wieder anwerfen. An sonnigen und windigen Tagen muss Deutschland hingegen wegen den starken Produktionsschwankungen den grünen Strom zu Negativpreisen ins Ausland exportieren, da ansonsten das Stromnetz überlastet würde.

ENERGIE & UMWELT

Ideologiefreie Selbstversorgung sicherstellen!

Versorgungssicherheit gewährleisten

Die Wahrung der Versorgungssicherheit muss das oberste Ziel der schweizerischen Energiepolitik bleiben. Die Schweiz soll eine möglichst weitgehende Unabhängigkeit vom Ausland in der Energieversorgung anstreben. Nicht nur die Effizienz von erneuerbaren Energien, sondern auch die Effizienz der Kernkraft entwickelt sich ständig weiter. Mehr als 95% unseres Strombedarfs wird durch Wasserkraft und Kernenergie, weniger als 5% der Energie durch alternative Energiequellen erbracht. Einheimische erneuerbare Energiequellen, wie zum Beispiel die Wasserkraft, sollen deshalb ausgebaut und effizienter genutzt werden. Da allein mit alternativen Energien der Energieverbrauch nicht gedeckt werden kann, ist unverzüglich mit der Planung und Realisierung neuer Kernkraftwerke zu beginnen, damit die alten, teils unmittelbar bis mittelbar vor der Abschaltung stehenden Kernkraftwerke ersetzt werden können.

Wissenschaft statt Ideologie

Den Preis für diese Misswirtschaft bezahlen am Ende die Bürger und Unternehmen. Damit die Schweiz nicht dieselben Fehler begeht, sagen wir entschieden Nein zur Energiestrategie 2050 des Bundes, welche mehr einer nebulösen Vision denn einem zukunftsfähigen Konzept entspricht. Es steht zu viel auf dem Spiel, als dass wir in der Energiepolitik ideologischen Experimenten Platz einräumen dürften und könnten. Als rohstoffarmes Land ist die Schweiz auch in Zukunft auf sichere und günstige Energie angewiesen.

LIBERALISMUS & INDIVIDUALISMUS

LIBERALISMUS & INDIVIDUALISMUS

Liberalismus – Der Minimalstaat als Ziel!

Liberalismus & Individualismus sind ineinandergreifende Thematiken, welche von Seiten der Politik missachtet und immer stärker attackiert werden. Es umfasst in unserem Parteiprogramm den Verkehr, das Sozialpolitik, die Finanzen, die Wirtschaft, Bürger und Staat sowie Familie und Kultur und das Kapitel Gesundheit.

Verkehr

Die freie Wahl der Verkehrsmittel ist zu gewährleisten, einzelne Verkehrsmittel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es braucht ein gleichberechtigtes Nebeneinander des motorisierten Individualverkehrs (MIV), des öffentlichen Verkehrs (ÖV) und des Langsamverkehrs. Wir sagen Nein zu Road-Pricing (Strassenzoll) und anderen Schikanen für Autofahrer. Das Nationalstrassennetz ist dringend zu erweitern. Überlastete Autobahnabschnitte sind konsequent auf sechs oder acht Spuren auszubauen, um die alltäglichen Verkehrsstaus zu vermindern, welche der Wirtschaft Kosten in Milliardenhöhe verursachen.

Wirtschaft

Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung hat die Schweiz zu einem vorbildhaft - prosperierenden Staat gemacht. Wir stehen zu Schweizer Qualitätsprodukten und Spitzendienstleistungen. Eine innovative und lebhafte Unternehmenslandschaft geprägt von Startup-, Kleineren- und Mittleren Unternehmen (KMU) ist typisch für die Schweiz. Leider leiden vor allem diese kleineren Firmen und Startups unter der unüberblickbaren Last von Vorschriftskatalogen, Regelwerken und Auflagen. Um wieder in erster Linie unternehmerische Freiheit und Kreativität zu fördern, setzen wir uns für den Abbau von bürokratischen Hürden und Vorschriften ein. Erfolgreiche Grosskonzerne werden geschätzt, die zunehmenden Tendenzen nur noch dem eigenen Portemonnaie zu dienen und dafür selbst die schweizerischen Grundpfeiler, die zum Erfolgsmodell Schweiz geführt haben, wie die Direkte Demokratie und die Selbstbestimmung zu opfern, werden konsequent bekämpft.

LIBERALISMUS & INDIVIDUALISMUS

Liberalismus – Der Minimalstaat als Ziel!

Finanzen

Wir stehen hinter einer zukunftsorientierten, haushälterischen Finanzpolitik. Der Mechanismus der Schweizerischen Schuldenbremse wird in diesem Zusammenhang voll und ganz unterstützt. Die Ausgaben haben entsprechend die Einnahmen nicht zu überschreiten. Der unübersichtlichen Ausgabenexplosion in der sozialen Wohlfahrt ist zwingend ein Riegel zu schieben. Die primären Einnahmequellen des Staates stellen die eingezogenen Steuern dar. Wir setzen uns für Steuersenkungen zugunsten der Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen ein.

Bürger und Staat

Staatliche Bevormundung und Einschränkungen der persönlichen Freiheit mündiger Bürger nehmen Jahr für Jahr zu. Besonders im Bereich der Meinungsäusserungsfreiheit werden laufend weitere Verbote eingeführt, welche das Ziel haben die Bürger zum Schweigen zu bringen. Die persönliche Freiheit gilt auch für das Internet.

Diese Entwicklungen zu vermehrter Zensur, die uns zurück ins Mittelalter führen und den Grundsatz der Aufklärung missachten, bekämpfen wir mit allen Mitteln.

Familie und Kultur

Die traditionelle Familie ist das Fundament einer starken Gesellschaft und muss gestärkt und entlastet werden. Wir sehen staatlich verordnete Finanzzuschüsse in Form von Kinderzulagen einzig für Schweizer Bürgerinnen und Bürger vor. Der Staat soll sich seinerseits auf die gezielte Entlastung durch Steuervorteile konzentrieren. Die Kindererziehung ist Privatsache. Kinderkrippen als Ersatz für die mütterliche Sorge müssen privat finanziert werden. Die gesellschaftliche Ordnung soll freiheitlich sein und sich an bewährten traditionellen Werten orientieren. Der/Die Einzelne soll im Rahmen des Gesetzes und des anständigen und respektvollen Miteinanders frei tun dürfen was Ihm/Ihr gefällt.

LIBERALISMUS & INDIVIDUALISMUS

Liberalismus – Der Minimalstaat als Ziel!

Sozialpolitik

Damit die AHV auch für kommende Generationen gesichert ist, dürfen Reformen nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Wir setzen uns für ein höheres und für beide Geschlechter identisches Rentenalter ein, welches automatisiert an die durchschnittliche Lebenserwartung angepasst wird. Zudem ist die KESB, sowie die gesamte Sozialindustrie – welche vorwiegend durch links-grüne Parlaments- und Verwaltungsentscheide auf- und ausgebaut wurden – trockenzulegen. Um Sozialexzesse zu vermeiden, ist es die Aufgabe der Kommunalbehörden, die Bemessung der Sozialhilfe festzusetzen. Die Gemeinden sind von ihrem Zwang zum fraglosen Zahlen zu befreien.

Gesundheit

Wir machen uns für eine solide und gerechte Grundversicherung in der obligatorischen Krankenpflege stark, die sich durch sinnvolle Grundleistungen und tiefe Krankenkassenprämien auszeichnet. Angebote, wie Geschlechterumwandlungen sind aus der Grundversicherung zu streichen. Die steigenden Kosten sind mittels Lenkungen, die vermehrte Eigenverantwortung fördern, zu stoppen.

VERKEHR

Schluss mit der Abzockerei der Autofahrer!

Die freie Wahl der Verkehrsmittel ist zu gewährleisten, einzelne Verkehrsmittel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es braucht ein gleichberechtigtes Nebeneinander des motorisierten Individualverkehrs (MIV), des öffentlichen Verkehrs (ÖV) und des Langsamverkehrs. Wir sagen Nein zu Road-Pricing (Strassenzoll) und anderen Schikanen für Autofahrer. Das Nationalstrassennetz ist dringend zu erweitern. Überlastete Autobahnabschnitte sind konsequent auf sechs oder acht Spuren auszubauen, um die alltäglichen Verkehrsstaus zu vermindern, welche der Wirtschaft Kosten in Milliardenhöhe verursachen.

Von der Strasse für die Strasse

Da sich der motorisierte Individualverkehr – sieht man von der zweckentfremdeten Querfinanzierung des ÖV ab – im Jahr 2015 zu über 110% selbst finanziert, sind Strassenausbauprojekte bezahlbar. Darum sollen die Einnahmen aus dem Strassenverkehr auch konsequent in die Strasseninfrastruktur investiert werden. Jede Einführung oder Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben im Bereich des Strassenverkehrs muss dem fakultativen Referendum unterstehen. Wir fordern Kostentransparenz bei allen Verkehrsmitteln: Jeder Verkehrsteilnehmer soll prinzipiell jene Kosten bezahlen, welche er verursacht. Dies soll sowohl für den Individual- wie auch für den öffentlichen Verkehr gelten.

VERKEHR

Schluss mit der Abzockerei der Autofahrer!

Ausbau statt Abzocke

Wir wehren uns im Übrigen vehement gegen jede weitere Erhöhung der Treibstoffpreise und Autosteuern und befürworten jede Senkung oder Abschaffung dieser Abgaben und Steuern. Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) für den inländischen Transitverkehr ist zu senken. Der Bau einer zweiten Gotthardröhre zugunsten der Sicherheit innerhalb des Art. 84 der Bundesverfassung ist zügig zu forcieren. Auf den Nationalstrassen ist das Tempo-Limit, wo es die Sicherheit zulässt, heraufzusetzen. Auf Autobahnen soll die Höchstgeschwindigkeit 140 km/h betragen. Der Preis für die Autobahnvignette ist bei 40 Franken zu belassen. Radarkontrollen haben ausschliesslich der Verkehrssicherheit zu dienen und dürfen nicht als verkappte Einnahmequellen missbraucht werden. Der Führerausweis auf Probe und die entsprechenden obligatorischen WAB-Kurse, welche eine reine Schikane und Abzockerei der Junglenker darstellen, sind abzuschaffen.

WIRTSCHAFT

Staatliches Raubrittertum bekämpfen, Jobs und Lehrstellen schaffen!

Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung hat die Schweiz zu einem vorbildhaft - prosperierenden Staat gemacht. Wir stehen zu Schweizer Qualitätsprodukten und Spitzendienstleistungen. Eine innovative und lebhafte Unternehmenslandschaft geprägt von Startup-, Kleineren- und Mittleren Unternehmen (KMU) ist typisch für die Schweiz. Leider leiden vor allem diese kleineren Firmen und Startups unter der unüberblickbaren Last von Vorschriftskatalogen, Regelwerken und Auflagen. Um wieder in erster Linie unternehmerische Freiheit und Kreativität zu fördern, setzen wir uns für den Abbau von bürokratischen Hürden und Vorschriften ein. Erfolgreiche Grosskonzerne werden geschätzt, die zunehmenden Tendenzen nur noch dem eigenen Portemonnaie zu dienen und dafür selbst die schweizerischen Grundpfeiler, die zum Erfolgsmodell Schweiz geführt haben, wie die Direkte Demokratie und die Selbstbestimmung zu opfern, werden konsequent bekämpft.

Der freie Unternehmergeist

Die kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft, welche über 90% der Unternehmen ausmachen und bei welchen über zwei Drittel der Arbeitnehmenden arbeiten. Die Schweiz soll eine Wirtschaftsordnung verfolgen, die Startup-, Kleinere- und Mittlere- Unternehmen gedeihen lässt. Der freie Unternehmergeist, innovative Ideen, Produktivitätssteigerungen und die Entwicklungsvielfalt sollen gefördert werde. Die Interessen des Gewerbes müssen berücksichtigt werden. Bürokratische Barrieren, unüberblickbare Vorschriftskataloge ohne erkennbaren Nutzen, müssen zur Entlastung des Gewerbes massiv reduziert werden.

Freier Handel für freie Bürger

Die Schweiz erfreut sich eines hervorragenden Rufes als vertrauenswürdiger weltoffener Handelspartner. Beidseitig vorteilhafte internationale Handelsverträge sollen gefördert werden. Wirtschaftsverträge, die nur von einer Seite diktiert werden, sind abzulehnen.

WIRTSCHAFT

Staatliches Raubrittertum bekämpfen, Jobs und Lehrstellen schaffen!

Der Schweizer Arbeitsmarkt

Das vergleichsweise noch immer liberale schweizerische Arbeitsrecht hat sich bewährt und muss verteidigt werden. Wir sind deshalb gegen staatliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt durch Mindestlöhne, erhöhten Kündigungs-schutz, Geschlechterquoten oder Solidarhaftungen für Subunternehmen. Wo der Schweizer Arbeitsmarkt z.B. durch die Personenfreizügigkeit von aussen in ein Ungleichgewicht gebracht werden könnte, ist dies dringend abzulehnen. Der derzeitige Mangel an fachlich gut ausgebildeten Lehrlingen ist nicht nur Sache der Bildungspolitik, sondern auch der Wirtschaftspolitik. Zum einen sollen Firmen aufgefordert werden, attraktive Berufslaufbahnen auch für Lehrlinge aufzuzeigen, zum anderen soll der Staat z.B. durch Steuererleichterungen Firmen motivieren neue Lehrstellen zu bilden.

Staatsmonopole und Grosskonzerne

Dass der staatliche Sektor in den letzten Jahren der mit Abstand am stärksten wachsende Wirtschaftssektor war, wird langfristig eine verheerende Wirkung auf unseren Arbeitsmarkt, unsere Volkswirtschaft und unsere Staatsfinanzen haben. Das krasse Missverhältnis immer mehr neuer Staatsstellen und gleichzeitig sinkender Steuereinnahmen muss korrigiert werden. Der Staat soll die Wirtschaftsfreiheit der Privaten garantieren und nicht selbst zum monopolistischen Teilnehmer mutieren. Wir widersetzen uns zudem Tendenzen von Grosskonzernen sich nur noch um das Wohl der Aktionäre anstatt dem Wohle der ganzen Bevölkerung zu kümmern.

FINANZEN

Keine Schuldenwirtschaft auf Kosten der Jungen!

Wir stehen hinter einer zukunftsorientierten, haushälterischen Finanzpolitik. Der Mechanismus der Schweizerischen Schuldenbremse wird in diesem Zusammenhang voll und ganz unterstützt. Die Ausgaben haben entsprechend die Einnahmen nicht zu überschreiten. Der unübersichtlichen Ausgabenexplosion in der sozialen Wohlfahrt ist zwingend ein Riegel zu schieben. Die primären Einnahmequellen des Staates stellen die eingezogenen Steuern dar. Wir setzen uns für Steuersenkungen zugunsten der Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen ein.

Die Einnahmeseite

Der Staat und unsere Sozialwerke finanzieren sich in erster Linie durch Steuereinnahmen und Abgaben der Bürger. Wir erkennen an, dass es auch aus liberaler Sicht Staatsaufgaben gibt, wie z.B. die Sicherheit der Bürger, für welche Bund, Kantone und Gemeinden Geld brauchen. Insgesamt sollte die Belastung von Bürgern und Unternehmen durch Steuern, Gebühren und Abgaben jedoch minimal gehalten werden. Leider ist die Tendenz umgekehrt. Bestehende Steuern steigen und neue Steuern, wie die Kapitalgewinnsteuer werden angedacht. Wir kämpfen zugunsten der Eigenverantwortung der Bürger, für eine Plafonierung resp. Senkung der Einkommens- und Vermögenssteuern der Privaten sowie der Gewinn- und Kapitalsteuern der Unternehmen. Bei der Mehrwertsteuer fordern wir einen Einheitssatz, dessen maximal festgelegte Höhe zu einer Senkung der im Jahr 2017 generierten Mehrwertsteuer-Einnahmen führt.

FINANZEN

Keine Schuldenwirtschaft auf Kosten der Jungen!

Die Ausgabenseite

Die Schweiz gehört nach wie vor zu den Staaten mit vorbildlich tiefer Staatsverschuldung. Massgebend war die im Jahre 2001 angenommene Schuldenbremse. Dabei dürfen die Ausgaben über einen ganzen Konjunkturzyklus die Einnahmen nicht übersteigen. Wir unterstützen diese nachhaltige Regelung. Alle Tendenzen in Richtung Überschuldung auf Kosten nächster Generationen, wie z.B. bei der AHV und der sozialen Wohlfahrt sind zu bekämpfen.

Zum nationalen Finanzausgleich (NFA)

Die Eigenverantwortung der Kantone durch den NFA darf nicht beschnitten werden. Solidarität zwischen den Kantonen bedeutet nicht, dass sparsame Kantone mit gesunden Finanzen, für ausgabenfreudige Kantone aufkommen müssen. Wir fordern deshalb tiefgreifende Reformen des NFA: Anreize müssen so gesetzt werden, dass sich die Sanierung der Kantonsfinanzen und eine bessere Ausgabendisziplin lohnt.

Finanzplatz Schweiz

Wir kämpfen für einen starken Schweizer Finanzplatz und verteidigen die finanzielle Privatsphäre der Bürger – welche das Bankkundengeheimnis garantiert – gegen erpresserische Druckversuche aus dem Ausland. Wir bekämpfen jegliche Formen von staatlichen Bargeldverboten, weil damit der gläserne Bürger immer mehr zur Tatsache wird. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen ist eine Errungenschaft, die nicht aufgrund internationaler Regelwerke aufgegeben werden darf.

BÜRGER & STAAT

Kampf der staatlichen Bevormundung!

Staatliche Bevormundung und Einschränkungen der persönlichen Freiheit mündiger Bürger nehmen Jahr für Jahr zu. Besonders im Bereich der Meinungsäusserungsfreiheit werden laufend weitere Verbote eingeführt, welche das Ziel haben die Bürger zum Schweigen zu bringen. Die persönliche Freiheit gilt auch für das Internet. Diese Entwicklungen zu vermehrter Zensur, die uns zurück ins Mittelalter führen und den Grundsatz der Aufklärung missachten, bekämpfen wir mit allen Mitteln.

Die Freiheit geht vor

Doch nicht jedes Vergehen eines Einzelnen oder jedes neue Phänomen eines Missstands kann durch neue, flächendeckende Gesetze behoben werden. Es ist weder möglich noch sinnvoll, hinter jeden Bürger einen kontrollierenden Polizisten zu stellen. Eine umfassende Überwachung des öffentlichen und erst recht des privaten Raums ist abzulehnen. Dies gilt speziell auch für das Internet, den Postverkehr sowie die finanzielle Privatsphäre. Wir sagen auch Nein zur Vorratsdatenspeicherung, welche alle Bürger unter Generalverdacht stellt, ohne strafrechtlich sinnvoll zu sein. „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“ Wird die Überwachung des Einzelnen zu stark ausgedehnt, dann droht uns die Sicherheit eines Gefängnisses – mit der Folge, dass wir uns selber eingesperrt haben. So fordern wir: Jedes neue freiheitseinschränkende Gesetz ist entschieden abzulehnen, sofern es nicht zwingend notwendig ist. Bestehende, nicht (mehr) notwendige und freiheitseinschränkende Gesetze sind umgehend aufzuheben und ausser Kraft zu setzen.

BÜRGER & STAAT

Kampf der staatlichen Bevormundung!

Meinungsäusserungsfreiheit – Ohne Wenn und Aber

Ähnlich delikat verhält es sich bei Gesinnungsparagraphen wie der Antirassismus-Strafnorm. Diese 1994 vom Volk nur knapp angenommene Strafnorm (Art. 261bis StGB und Art. 171c MStG) wurde im Widerspruch zu früheren Versprechungen durch die Gerichtspraxis ständig und massiv ausgeweitet. Auch Äusserungen im nichtöffentlichen Rahmen, historische Urteile, pointierte Satire oder Fasnachtsverse sind inzwischen strafbar. So machte sich hierzulande ein Klima der Einschüchterung breit, in dem die Linken ihre Tabuzonen wie Ausländer- und Asylpolitik, Sozialmissbrauch und Entwicklungshilfe unter dem Deckmantel der Political Correctness juristisch absichern, was die unzähligen politisch motivierten Rassismusklagen gegen Andersdenkende beweisen. Die Gesinnungsjustiz führte dazu, dass sich viele Bürger heute oftmals nicht mehr getrauen, unbequeme Meinungen frei zu äussern. Das Antirassismusgesetz ist eines freien Landes unwürdig und gehört abgeschafft.

Staatliche Instrumente zur Gesinnungsschnüffelei bei Schweizer Bürgern wie das sogenannte Rassismus-Monitoring des Bundesamts für Statistik (BfS) sind staatspolitisch bedenklich und werden deshalb von uns entschieden bekämpft. Ist ein Gesetz nicht unbedingt nötig, ist es unbedingt nötig, keines zu erlassen. So wehren wir uns auch klar dagegen, die Antirassismus-Strafnorm auf andere Diskriminierungsformen auszuweiten. Ehrverletzung und Diskriminierung gehören gesellschaftlich geächtet und sind über das Zivilrecht zu bestrafen.

FAMILIE & KULTUR

Nein zum staatlich erzogenen Einheitsbürger!

Die traditionelle Familie ist das Fundament einer starken Gesellschaft und muss gestärkt und entlastet werden. Wir sehen staatlich verordnete Finanzzuschüsse in Form von Kinderzulagen einzig für Schweizer Bürgerinnen und Bürger vor. Der Staat soll sich seinerseits auf die gezielte Entlastung durch Steuervorteile konzentrieren. Die Kindererziehung ist Privatsache. Kinderkrippen als Ersatz für die mütterliche Sorge müssen privat finanziert werden. Die gesellschaftliche Ordnung soll freiheitlich sein und sich an bewährten traditionellen Werten orientieren. Der/Die Einzelne soll im Rahmen des Gesetzes und des anständigen und respektvollen Miteinanders frei tun dürfen was Ihm/Ihr gefällt.

Steuern

Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, muss für die Kinderbetreuung mindestens ein gleich hoher Steuerabzug gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Wir sehen staatlich verordnete Finanzzuschüsse in Form von Kinderzulagen einzig für Schweizer Bürgerinnen und Bürger vor.

Will ein Arbeitgeber Kinderzulagen sprechen, so soll dies willkommen geheissen werden. Der Staat soll sich seinerseits auf die gezielte Entlastung durch Steuervorteile konzentrieren. So sind Kinder- und Ausbildungszulagen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene von den Steuern zu befreien. Die Kinderabzüge sollen bis zu drei Kindern pro Familie deutlich erhöht werden. Der Verheirateten-Tarif muss in allen Kantonen so angepasst werden, dass keine Benachteiligung zu unverheirateten Paaren besteht (Heiratsstrafe), jedoch ohne neue Ungleichheiten zu schaffen, wie dies bspw. eine Individualbesteuerung vorsehen kann.

Zur Gesellschaft

Wir stehen für eine Gesellschaftspolitik ein, welche auf Vernunft und bewährten Werten basiert. Jede und jeder soll in unserem Land so leben dürfen, wie es ihm oder ihr gefällt, solange dadurch Gesetze und die Kultur des Anstands und Respekts gegenüber den Mitmenschen nicht überschritten werden.

FAMILIE & KULTUR

Nein zum staatlich erzogenen Einheitsbürger!

Thema KESB

Die jüngst aus sinnvollen Gründen ins Leben gerufene Kinder- und Erwachsenenschutz Behörde (KESB) ist mit viel zu weitgreifenden Kompetenzen ausgestattet. Die KESB ist zum Schrecken vieler Betroffenen geworden und verantwortet zahlreiche Familiendramen. Wir fordern die Umkehr der Beweislast zur Entschärfung des Problems. Zukünftig soll die KESB beweisen müssen, weshalb einer Familie ein Kind weggenommen wird oder das Haus entzogen und verkauft wird. Durch die Beweislast sollen die Bürger von willkürlichen Aktionen einzelner KESB's befreit werden.

SOZIALPOLITIK

Renten sichern - Sozialindustrie trockenlegen!

Damit die AHV auch für kommende Generationen gesichert ist, dürfen Reformen nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Wir setzen uns für ein höheres und für beide Geschlechter identisches Rentenalter ein, welches automatisiert an die durchschnittliche Lebenserwartung angepasst wird. Zudem ist die KESB, sowie die gesamte Sozialindustrie – welche vorwiegend durch links-grüne Parlaments- und Verwaltungsentscheide auf- und ausgebaut wurden – trockenzulegen. Um Sozialexzesse zu vermeiden, ist es die Aufgabe der Kommunalbehörden, die Bemessung der Sozialhilfe festzusetzen. Die Gemeinden sind von ihrem Zwang zum fraglosen Zahlen zu befreien.

Renten sichern

Die durchschnittliche Lebenserwartung in der Schweiz von 87 Jahren für Frauen und 83 Jahren für Männer gehört zu den höchsten der Welt. Doch immer weniger Arbeitstätige müssen für immer mehr Rentner aufkommen. Haben 1970 noch fünf Personen für einen Rentner einbezahlt, sind es 2015 noch deren drei. Im Jahre 2040 werden es voraussichtlich nur noch zwei sein.

Es ist absehbar, dass aufgrund der zunehmenden Anzahl Rentenbezüger in den nächsten Jahren schnell steigende Defizite zu erwarten sind. Damit die AHV auch für kommende Generationen gesichert ist, dürfen Reformen nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Wir setzen uns für ein höheres und für beide Geschlechter identisches Rentenalter ein, welches automatisiert an die durchschnittliche Lebenserwartung angepasst wird. Der der Rentenauszahlung des BVG zugrunde liegende Umwandlungssatz ist zu entpolitisieren und automatisiert an die durchschnittliche Lebenserwartung zu koppeln.

Sozialtourismus unterbinden

Ausländer dürfen nicht eingebürgert werden, wenn sie Sozialhilfe beziehen oder bezogene Sozialgelder noch nicht vollumfänglich zurückbezahlt haben. Zudem dürfen sie erst Sozialhilfe beziehen, wenn sie mindestens 5 Jahre lang in die Sozialwerke einbezahlt haben. Dadurch wird eine Einwanderung in unsere Sozialwerke konsequent unterbunden.

SOZIALPOLITIK

Renten sichern - Sozialindustrie trockenlegen!

Missbrauch verhindern – Zwang bekämpfen

Sozialwerke haben den wirklich Bedürftigen zu helfen, weshalb der Missbrauch von Sozial- oder Fürsorgeleistungen entschieden bekämpft werden muss. Es darf keine Anreize zur Ausnützung des Sozialsystems mehr geben. Entsprechend sind insbesondere die teils fürstlichen Zusatzleistungen zu kürzen. Zwangsverordnungen sozialpolitischer Massnahmen von übergeordneter Stelle, wie zum Beispiel durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), lehnen wir vehement ab. Die KESB, sowie die gesamte Sozialindustrie – welche vorwiegend durch links-grüne Parlaments- und Verwaltungsentscheide auf- und ausgebaut wurden – müssen trocken gelegt werden. Um Sozialexzesse zu vermeiden, ist es die Aufgabe der Kommunalbehörden, die Bemessung der Sozialhilfe festzusetzen. Die Gemeinden sind von ihrem Zwang zum fraglosen Zahlen zu befreien. Stattdessen sind ihre Kompetenzen in Bezug auf die Auszahlung von Leistungen und Sanktionen zu stärken.

Sozialindustrie abbauen

Innert nur 10 Jahren haben sich die Sozialhilfeausgaben von Gemeinden und Kantonen auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt. Von 1994 bis 2004 hat die Zahl der Beschäftigten im Sozialwesen (ohne Heime) von 37‘000 auf 76‘000 um 106 % zugenommen. Es bildete sich ein wahrer Speckgürtel an Profiteuren, die gut von der Sozialindustrie leben. Diese Fehlentwicklungen erfordern es, den ausufernden Sozialstaat einzudämmen. Aus diesen Gründen bekämpfen wir weitere Abgaben oder deren Erhöhung zur Finanzierung defizitärer Sozialwerke. Deren weitere Verschuldung ist per Schuldenbremse zu verunmöglichen.

Unterstützung von Menschen mit Behinderungen

Wir unterstützen auf Eigenverantwortung ausgerichtete Bestrebungen. Wir unterstützen Privatpersonen und Organisationen, die eine berufliche und gesellschaftliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen ermöglichen. Eine Zusammenführung auf schulischer Ebene ist abzulehnen.

GESUNDHEIT

Eigenverantwortung stärken!

Wir machen uns für eine solide und gerechte Grundversicherung in der obligatorischen Krankenpflege stark, die sich durch sinnvolle Grundleistungen und tiefe Krankenkassenprämien auszeichnet. Angebote, wie Geschlechterumwandlungen sind aus der Grundversicherung zu streichen. Die steigenden Kosten sind mittels Lenkungen, die vermehrte Eigenverantwortung fördern, zu stoppen.

Kostenanstieg der Grundversicherung stoppen

Die Prämien müssen zwingend wieder auf einen vernünftigen Betrag gesenkt werden, insbesondere für Familien. Wir fordern deshalb eine Beschränkung des Leistungskataloges in der Grundversicherung. Unnötiges ist ersatzlos zu streichen. Die Zusammenarbeit von Spitälern soll über die Kantonsgrenzen hinweg gefördert werden. Wie überall gilt: Mehr Wettbewerb führt zu einer höheren Effizienz, einem qualitativ besseren Angebot, Innovation und tieferen Preisen. Wir sind gegen überbordende, staatliche Präventionsprogramme und befürworten die Erhöhung der Wahlfranchise, womit wir die Wahlmöglichkeiten und die Eigenverantwortung stärken.

Freiheit und Eigenverantwortung bei Genussmitteln

Eigentümer von Restaurationslokalen sollen selbst entscheiden können, ob in den Innenräumen geraucht werden darf oder nicht. Wir wehren uns zudem gegen die immer weiter zunehmende Verbotskultur (Alkohol-, Ausgangs- und Rauchverbote). Die mündigen Bürger sollen selbständig entscheiden dürfen, ob und in welcher Höhe sie legale gesundheitsschädliche Genussmittel konsumieren wollen. Diese Freiheit bedingt jedoch, gleichzeitig auch die Selbstverantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Als Beispiel: Jeder soll so viel Alkohol konsumieren dürfen, wie er will. Die Kosten für die Ausnüchterungszelle und sonstige Folgekosten soll er oder sie im Gegenzug aber selbst bezahlen müssen. Wir wehren uns dagegen, dass immer mehr Zusatzleistungen und Behandlungen von der Allgemeinheit getragen werden müssen.

GESUNDHEIT

Eigenverantwortung stärken!

Schweizer schützen – Freiheit stärken

In den letzten Jahren mussten wir lernen, was es heisst, durch vielfach unnötige und unnütze Pandemiepolitik in unserer Freiheit beschnitten zu werden. In der Folge fordern wir ein Verbot von allen (Gesundheits-)Zertifikaten, die Teile der Schweizer Bevölkerung diskriminieren oder die Freiheit von Bürgern einschränkt. Ebenfalls in diesem Zusammenhang fordern wir den Austritt der Schweiz aus der WHO, da diese verstärkt die Souveränität der Schweiz untergräbt.

BILDUNG & SPORT

BILDUNG & SPORT

Bildung & Sport – Leistung soll sich lohnen!

Bildung und Sport ist die abschliessende Thematik unseres Parteiprogramms und ein Thema, welches uns besonders als Jungpartei am Herzen liegt. Bildung & Sport umfasst in unserem Parteiprogramm das Kapitel Bildung & Forschung sowie das Kapitel Sport & Freizeit.

Bildung & Forschung

Ein qualitativ hochstehendes Bildungswesen ist die Grundlage für die Weiterentwicklung und den Wohlstand unseres Landes. Hohe Leistungs- und Qualitätsanforderungen an die gesamte Gesellschaft bilden den Schlüssel zum Erfolg. Leistungsbereitschaft und der Wille zur Qualität durch eine national vergleichbare Benotung sind auf jeder Schulstufe zu fordern. Die sozialistische Gleichmacherei hat die Volksschule verseucht. Deshalb soll mit neuen, zukunftsorientierten Bildungsmodellen die freie Schulwahl eingeführt werden.

Sport & Freizeit

Wir setzen uns für eine gesunde, sportliche Schweiz ein. Wie diverse andere Organisationsstrukturen – jene der Politik, der Armee oder der Feuerwehr – sind auch die meisten Sportvereine nach dem Milizprinzip strukturiert. In diesen Vereinen werden zum Wohle einer intakten Gesellschaft unzählige Stunden ehrenamtlicher Arbeit verrichtet. Diese Vereine bilden das Rückgrat der Gesellschaft und sind nach Kräften zu unterstützen, beispielsweise durch eine vergünstigte Nutzung von Gemeindeinfrastrukturen.

BILDUNG & FORSCHUNG

Leistung statt Ideologie!

Ein qualitativ hochstehendes Bildungswesen ist die Grundlage für Entwicklung und Wohlstand unseres Landes. Hohe Leistungs- und Qualitätsanforderungen an die gesamte Gesellschaft bilden den Schlüssel zum Erfolg. Leistungsbereitschaft und der Wille zur Qualität durch eine national vergleichbare Benotung sind auf jeder Schulstufe zu fordern. Die sozialistische Gleichmacherei hat die Volksschule verseucht. Deshalb soll mit neuen, zukunftsorientierten Bildungsmodellen die freie Schulwahl eingeführt werden.

Missstände an Schulen

Die Missstände des heutigen Bildungssystems sind gravierend. Jedes Jahr brechen ca. 5000 Jugendliche frustriert die Schule ab. Die sozialen Probleme der Betroffenen und die anfallenden Kosten sind enorm. Die Volksschule ist so überfordert, dass ein besorgniserregender Teil der Schüler heute sondertherapeutische Massnahmen erhält und die deutsche Sprache & Sprachfähigkeit durch den hohen Ausländeranteil in den Schulen leidet.

Für die freie Bildungswahl

Um die Situation wieder in Griff zu bekommen, ist auf noch mehr irreführende Leitfäden und Vorschriften zu verzichten, zugunsten eines zukunftsträchtigen Systems der freien Bildungswahl. Durch massvollen Wettbewerb erhöht sich die Qualität der Schulen zur Zufriedenheit von Kindern und Eltern. Geeignete Modelle beinhalten Bildungsscheine für jedes Kind, sowie den Einbezug von Privatschulen. Es sind geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, welche vor allem minimale Bildungsstandards, die Dauer der Schulstufen und Stufenziele vorgeben, welche von den Kantonen überprüft werden.

BILDUNG & FORSCHUNG

Leistung statt Ideologie!

Minimale Bildungsstandards

In der Grundschule ist der Fokus auf die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen zu legen. Danach ist die Bildung elementarster Fertigkeiten in Wirtschaft, Recht und Finanzen zu fördern. Die Schüler sollen in ihrer Schulzeit primär für ihre berufliche Zukunft ausgebildet werden. Die Klassen sollen sich an einem verantwortungsbewussten Klassenlehrer orientieren können, der gleichzeitig Ansprechperson für die Eltern ist. Wir sind der Meinung, dass die Schüler sachneutral unterrichtet werden und sich ihre Meinung selbst bilden sollen. Neutraler obligatorischer Staatskundeunterricht und die Vermittlung von Schweizer Geschichte ist zu gewährleisten. Nur wenn alle Schüler ab Kindesalter mit unserem Staatssystem und unserer Geschichte vertraut gemacht werden, können sie ihre staatspolitische Verantwortung später pflichtbewusst wahrnehmen. Patriotismus und Heimat sind positive Begriffe der menschlichen Zugehörigkeit. Sie sollen genauso wie das Traditionsbewusstsein und das christliche Menschenbild (jeder Mensch ist wertvoll) im Geschichtsunterricht einfliessen.

Berufslehre

Das bewährte duale Bildungssystem, die parallele Ausbildung in Betrieb und Berufs- respektive Hochschule, darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Es sollen wieder mehr Jugendliche eine praxisorientierte Berufslehre absolvieren. Sie sind ein grosser Teil der heute oft gesuchten Fachkräfte. Die Berufsbildung ist zudem nachweislich bester Garant für eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit und gewährleistet die notwendige Verbindung zwischen Wirtschaft und Bildung.

BILDUNG & FORSCHUNG

Leistung statt Ideologie!

Hochschulen und Universitäten

Dank einem freiheitlichen Staatssystem ist die Schweiz in den Bereichen Innovation, Leistungsbereitschaft und Know-How top. Unsere Hochschulen geniessen weltweit einen sehr guten Ruf. Wir wollen Hochschulen und Universitäten mit praxisorientierter Ausrichtung, welche komplexes Wissen weitergeben und auf höchstem Niveau forschen. Die steigende Anzahl an Akademikern ist sinn- und zwecklos, da sie ein Überangebot an schwachen Studienabgängern produziert. Unsere Hochschulen und Universitäten sollen auf die Qualität ihrer Abgänger bedacht sein und nicht auf deren Anzahl. Um weiterhin Spitzenklasse zu sein, ist die eidgenössische Maturität als Eintrittsschranke deutlich zu erschweren. In diesem Zusammenhang sind auch politisch einseitig gefärbte Aktivitäten zu unterbinden und Schüler als auch Lehrpersonen zu sanktionieren bei der Nicht-Einhaltung. Die Gymnasien sollen nicht zu Plauschvereinen verkommen, sondern Leistung und Pflichten wie die Anwesenheit im Unterricht und die politisch neutrale Wissensvermittlung hochhalten.

Forschung

Die Universitäten sollen im Bereich der Ausbildung und Forschung verstärkt mit der Wirtschaft zusammenarbeiten und losgelöst von politischen Ideologien forschen und Wissen vermitteln. Wichtig ist hier ein praxisorientiertes Wirken, um Innovation und Wertschöpfung zu generieren. Forschungsgelder sollen immer zielführend und überprüfbar eingesetzt werden. Unübersichtliche internationale Forschungsabkommen ohne messbaren Erfolg sind nicht finanzierungswürdig.

SPORT & FREIZEIT

In Bewegung bleiben!

Wir setzen uns für eine gesunde, sportliche Schweiz ein. Wie diverse andere Organisationsstrukturen –jene der Politik, der Armee oder der Feuerwehr – sind auch die meisten Sportvereine nach dem Milizprinzip strukturiert. In diesen Vereinen werden zum Wohle einer intakten Gesellschaft unzählige Stunden ehrenamtlicher Arbeit verrichtet. Diese Vereine bilden das Rückgrat der Gesellschaft und sind nach Kräften zu unterstützen, beispielsweise durch eine vergünstigte Nutzung von Gemeindeinfrastrukturen.

Sport vereint

Wir unterstützen sowohl den Breiten- wie auch den Spitzensport. Wir stehen für einen animierenden, abwechslungsreichen Sportunterricht an Schweizer Schulen, welcher auch in Zusammenarbeit mit den lokalen Vereinen organisiert werden kann. Der Sport nimmt eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung ein und stellt in vielen Gemeinden eine zusätzliche Integrationshilfe für Ausländer oder neu zugezogene Schweizer dar.

Oft können ganze Familien über einen Verein in der neuen Umgebung Fuss fassen und neue Kontakte knüpfen. Der Sport gibt ihnen Strukturen und hilft bei der Integration in das neue Umfeld.

Ja zur Schweizer Kultur – Nein zu linken Alternativen

Wir stehen Kultursubventionen kritisch gegenüber. Diese rechtfertigen sich nur dann, wenn das Brauchtum und anerkannte Kulturgüter, welche für die Öffentlichkeit von wesentlichem Interesse sind, geschützt, gepflegt und erhalten werden sollen. Die Förderung linker, sogenannter „Alternativkultur“, welcher oftmals selbst in den Kulturszenen kaum Beachtung geschenkt wird, lehnen wir konsequent ab.

SPORT & FREIZEIT

In Bewegung bleiben!

Eigenfinanzierung statt Staatsbeiträge

Kultur entsteht nicht durch Subventionen und ineffiziente Umverteilung, sondern indem Kulturschaffende kreativ, visionär und mit viel Fleiss, Leidenschaft und Beharrlichkeit ausserordentliche Leistungen vollbringen. Können sich diese mit ihrer Arbeit finanziell nicht über Wasser halten, ist die Nachfrage in der Gesellschaft offenbar nicht hoch genug. Es gibt keinen Grund, weshalb unter dem Schlagwort Kultur allerlei Partikularströmungen subventioniert werden sollen. Kultur ist in erster Linie Sache der Kulturanbieter selber und jener, welche sich dafür interessieren und auch bereit sind, freiwillig dafür zu bezahlen.

IMPRESSUM

LEITER PARTEIPROGRAMM
ANDREAS GERBER
VIZEPRÄSIDENT
JUNGE SVP SCHWEIZ

ABHANDLUNGEN & GENEHMIGUNGEN
PARTEILEITUNG VOM 01. SEPTEMBER 2023
PARTEIVORSTANDSSITZUNG VOM 02. SEPT. 2023
DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 02. SEPT. 2023